

Stadt Bitterfeld-Wolfen  
Rathausplatz 1  
06766 Bitterfeld-Wolfen

### **Sitzungsni ederschrift**

Der Ausschuss für Recht, Ordnung, Verkehr und Bürgeranfragen führte seine 16. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Dienstag, dem 13.07.2021 in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Stadt Wolfen, Rathausplatz 1, Rathaus, Ratssaal von 18:00 Uhr bis 21:20 Uhr durch.

#### **Teilnehmerliste**

##### **stimmbe rechtigt:**

###### Vorsitz

Daniel Roi

###### Mitglied

Klaus-Ari Gatter  
Dr. Joachim Gülland  
Christian Hennicke  
Siegmar Herrmann  
Uwe Müller  
Peter Schenk

i. V. für Herrn Pasbrig

###### Sachkundige Einwohner

Peter Engelhardt  
Marius Kühne  
Mathias Liesche  
Markus Praczyk  
Gerd Theuerkauf

###### Mitarbeiter der Verwaltung

Jana Dreßler  
Rolf Hülßner  
Dirk-Rene Trampenau  
Dirk Weber  
Torsten Zumm

SB Brand-/Bevölkerungsschutz  
Leiter Ordnungsamt  
SBL Brand-/Bevölkerungsschutz  
Leiter Amt für Bau und Kommunalwirtschaft  
SB Stadtplanung/GIS

###### Gäste

Daniel Backes  
Ina Berg  
Amy-Marie Bock  
Henning Dornack  
Sebastian Gries  
Frank Hillebrandt

Stadtrat  
Stadtjugendwartin Löscheinheit Wolfen-Nord  
Stadträtin  
Stadtrat  
stellv. Stadtwehrleiter  
Tierschutzverein Bitterfeld e.V. und Tierheim  
Bitterfeld  
stellv. Stadtwehrleiter  
Leiter Tierschutzverein Bitterfeld e.V. und Tierheim  
Bitterfeld

Stephan Jacob  
Uwe Koeckeritz

Ortsbürgermeister Ortschaft Stadt Wolfen  
stellv. Stadtwehrleiter  
Löscheinheit Wolfen-Altstadt  
Ortsbürgermeister Ortschaft Reuden a.d. Fuhne  
Stadtrat

André Krillwitz  
Daniel Lüdecke  
Alexander Schwabe  
Imre Starke  
Kay-Uwe Ziegler

**abwesend:**

Mitglied

Detlef Pasbrig

Sachkundige Einwohner

Helga Soltész

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Dienstag, den 13.07.2021, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden. Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

**Bestätigte Tagesordnung:**

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit	
2	Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzungen	
3.1	vom 27.04.2021	
3.2	vom 29.04.2021	
3.3	vom 01.06.2021	
4	Einwohnerfragestunde	
5	Berichterstattung zur Situation Tierheim Bitterfeld BE: Tierschutzverein Bitterfeld e.V. und Tierheim Bitterfeld	
6	Anderung der Anlage zur Straßenreinigungssatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen (Straßenverzeichnis) BE: Ortsbürgermeister Ortschaft Bobbau	<b>Beschlussantrag 111-2021</b>
7	Berichterstattung zum Neubau der Ortswehr Bitterfeld BE: Amt für Bau und Kommunalwirtschaft	
8	Grobkonzept zum Beschluss 053-2021 zur Zusammenlegung der Löscheinheit Wolfen-Altstadt und Wolfen-Nord an einem vorhandenen Standort BE: Ordnungsamt	<b>Beschlussantrag 124-2021</b>
9	Berichterstattung zum Fahrradkonzept/Vorstellung der geplanten Radwegemaßnahmen 2021 BE: Amt für Stadtentwicklung und Strukturwandel	
10	Mitteilungen, Berichte, Anfragen	
11	Schließung des öffentlichen Teils	

<p><b>zu 1</b></p>	<p><b>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit</b></p> <p>Der <b>Ausschussvorsitzende, Herr Roi</b>, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern und 5 sachkundigen Einwohnern fest.</p> <p>Herr Pasbrig und Frau Soltész gelten als entschuldigt.</p>	
<p><b>zu 2</b></p>	<p><b>Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</b></p> <p><b>Herr Roi</b> schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 7 - Berichterstattung zur Situation Tierheim Bitterfeld (neu TOP 5) sowie 9 – Berichterstattung zum Neubau der Ortswehr Bitterfeld (neu TOP 7) vorzuziehen.</p> <p><b>Herr Schenk</b> erfragt die Verfahrensweise hinsichtlich des Rederechtes der anwesenden Kameraden der Löscheinheiten Wolfen-Altstadt und Wolfen-Nord. Diesbezüglich regt <b>Herr Roi</b> an, den Führungskräften (Ortswehrleiter/Stadtwehrleitung) ein Rederecht einzuräumen. <b>Herr Hülßner</b> bittet darum, auch der Stadtjugendwartin das Wort zu gewähren.</p> <p>Die <b>Ausschussmitglieder</b> erklären sich mit der vorgeschlagenen Verfahrensweise einverstanden.</p> <p><b>Herr Roi</b> lässt im Anschluss über die geänderte Tagesordnung abstimmen.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig mit Änderungen beschlossen</p>	<p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p><b>zu 3</b></p>	<p><b>Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzungen</b></p>	
<p><b>zu 3.1</b></p>	<p><b>vom 27.04.2021</b></p> <p>Gegen die Niederschrift vom 27.04.2021 bestehen vonseiten der Ausschussmitglieder keine Einwände, Hinweise bzw. Ergänzungen. Der Ausschussvorsitzende, <b>Herr Roi</b>, lässt daher über diese abstimmen.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1</p>
<p><b>zu 3.2</b></p>	<p><b>vom 29.04.2021</b></p> <p>Es liegen bezüglich der Niederschrift vom 29.04.2021 vonseiten der Ausschussmitglieder keine Einwände vor. <b>Herr Roi</b> stellt diese daher zur Abstimmung.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1</p>
<p><b>zu 3.3</b></p>	<p><b>vom 01.06.2021</b></p> <p>Da vonseiten der Ausschussmitglieder gegen die vorliegende Niederschrift vom 01.06.2021 keine Einwände, Hinweise bzw. Ergänzungen vorliegen, stellt <b>Herr Roi</b> diese zur Abstimmung.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1</p>

<p><b>zu 4</b></p>	<p><b>Einwohnerfragestunde</b></p> <p><b>Herr Roi</b> verliest die Regularien hinsichtlich der Einwohnerfragen.</p> <p><b>Frau Z.</b> teilt mit, dass ihrer Ansicht nach eine Zusammenlegung der Löscheinheiten Wolfen-Altstadt und Wolfen-Nord die Feuerwehr in Gänze als Folge schwächen würde (weniger Fahrzeuge und Kameraden). Sie erfragt, warum man dieses Ziel trotzdem verfolgt und verweist dabei auf die umliegenden Chemie- und Industriebetriebe sowie die zunehmenden Umwelteinflüsse (Stürme, Starkregen etc.).</p> <p><b>Herr Hülßner</b> teilt in Beantwortung dessen mit, dass sich der ROVB-Ausschuss in heutiger Sitzung mit der angesprochenen Thematik (BA 111-2021) beschäftigen wird.</p> <p>Da keine weiteren Einwohnerfragen vorliegen, schließt <b>Herr Roi</b> diesen TOP.</p>	
<p><b>zu 5</b></p>	<p><b>Berichterstattung zur Situation Tierheim Bitterfeld</b> BE: Tierschutzverein Bitterfeld e.V. und Tierheim Bitterfeld</p> <p><b>Herr Koeckeritz</b> erläutert umfangreich die Zahlen, Daten und Fakten des Jahres 2020 hinsichtlich der Aufgabenerfüllung des Tierheimes Bitterfeld.</p> <p>Er berichtet loblich über die zahlreichen Geld-/Futterspenden aus der Bevölkerung und bedankt sich ausdrücklich bei den Spendern, ohne die eine Realisierung der anstehenden Aufgaben nicht möglich gewesen wäre. Zudem informiert er darüber, dass die planmäßigen Einnahmen der Feste im Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie komplett weggebrochen sind.</p> <p>Des Weiteren teilt er mit, dass aufgrund einer Prüfung durch das Finanzamt nunmehr ein Umsatzsteuerbetrag i. H. v. 40 T€ für das Bitterfelder Tierheim zu Buche schlägt, der nachträglich durch die Einrichtung entrichtet werden soll. Gegen den erlassenen Bescheid vom Finanzamt wurde Widerspruch eingelegt. Derzeit laufen Gespräche mit dem Finanzamt, um hier eine Lösung im Rahmen des Ermessensspielraumes zu finden. Die Stadt Bitterfeld-Wolfen hat zur künftigen Vermeidung dieser Zahlungen dem Tierheim hinsichtlich der Formulierungen (Zuschuss statt Aufwandsentschädigung) einen neuen Vertragsentwurf vorgelegt.</p> <p><b>Herr Schenk</b> bittet darum, das Zahlenwerk der Niederschrift beizufügen. Dies wird durch <b>Herrn Koeckeritz</b> zugesagt (siehe Anlage 1). <b>Herr Schenk</b> regt an, dass das Rechtsamt der Stadt Btf.-Wo. das Tierheim beratend unterstützen könnte.</p> <p><b>Herr Hülßner</b> geht auf das neue Umsatzsteuergesetz und die hier fehlenden Rechtsprechungen ein. Durch den Steuerpflichtigen wurden alle erforderlichen Maßnahmen gegen den Bescheid (Widerspruch) eingeleitet. Die Entscheidung des Finanzamtes steht hierzu noch aus.</p> <p><b>Herr Schenk</b> teilt mit, dass er sich im ROVB-Ausschuss eine aktuelle Information durch die Verwaltung frühzeitig hierzu gewünscht hätte, zumal dem Fachamt dieser Umstand schon seit langem bekannt ist.</p> <p><b>Herr Roi</b> erfragt, ob es vonseiten der Stadt bereits eine Berechnung gibt, in</p>	

	<p>der die Kosten eines durch die Stadt in Eigenregie betriebenen Tierheimes ermittelt wurden. Er legt die Bedeutung dieser Berechnung dar. Hier könnte real der finanzielle Wert ermittelt werden, den das jetzige Tierheim finanziell für die Stadt erbringt. Im Hinblick auf den jährlich durch die Stadt gezahlten Zuschuss teilt er mit, dass das Tierheim nicht nur über Spenden finanziert werden kann. <b>Herr Roi</b> erfragt bei <b>Herrn Koeckeritz</b>, ob der städtische Zuschuss seines Erachtens nach ausreichend ist. <b>Herr Roi</b> verweist hierbei auf Städte, die diese Berechnung im Vorfeld aufgestellt haben.</p> <p><b>Herr Hülßner</b> teilt mit, dass das Tierheim als juristische Person agiert und die Städte Bitterfeld und Wolfen bereits in der Vergangenheit Verträge mit diesem eingegangen sind. Beide Verträge wurden 2007 mit der Bildung der gemeinsamen Stadt Bitterfeld-Wolfen „verschmolzen“. Zudem geht er auf die unterschiedlichen Kostensätze der Tierheime in Ost und West ein. Er berichtet loblich über die hohe Effizienz und Einsatzbereitschaft sowie das große Engagement des Tierheimes Bitterfeld.</p> <p><b>Herr Koeckeritz</b> informiert über den Personalbestand bzw. die aktuelle Situation des Tierheimes Bitterfeld (wenig Personal, Zahlung Mindestlohn, großes Engagement im Ehrenamt, 24 h-Bereitschaft an 365 Tagen im Jahr). Er verweist auf die unzähligen Aufgaben, in die das Tierheim behördlich mit eingebunden ist. Hinsichtlich möglicher zukünftiger finanzieller Probleme im Tierheim sichert er den Ausschussmitgliedern zu, die Verwaltung hierüber unverzüglich zu informieren, sollte dieser Fall eintreten.</p> <p><b>Herr Roi</b> möchte wissen, ob die betreffenden Nachbarkommunen ebenso ihrer Zuschusszahlung nachkommen. Daraufhin teilt <b>Herr Koeckeritz</b> mit, dass man an die Stadt Sandersdorf-Brehna bereits vor längerer Zeit herangetreten ist, bis dato jedoch ohne Erfolg.</p> <p>Die <b>Ausschussmitglieder</b> bedanken sich bei den Vertretern des Tierheimes Bitterfeld für die umfangreiche Berichterstattung und das bisher Geleistete.</p>	
zu 6	<p><b>Änderung der Anlage zur Straßenreinigungssatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen (Straßenverzeichnis)</b> BE: Ortsbürgermeister Ortschaft Bobbau</p> <p>Da der Einreicher des BA 111-2021 nicht an der ROVB-Sitzung teilnimmt, gibt <b>Herr Weber</b> hinsichtlich dessen bekannt, dass der vorliegende Antrag mit der Verwaltung abgestimmt wurde.</p> <p><b>Herr Gatter</b> beantragt, diesen BA aufgrund der Abwesenheit des Einreichers zu vertagen. Daraufhin informiert <b>Herr Krillwitz</b>, dass er eine Vertagung des BA für nicht erforderlich hält. Er teilt mit, dass der OR Bobbau sich dazu verständigt hat, die Verfahrensweise im Stadtgebiet (wöchentliche Durchführung der Reinigung) ebenfalls künftig zu übernehmen. Daraufhin zieht <b>Herr Gatter</b> seinen Antrag auf Vertagung zurück.</p> <p><b>Herr Ziegler</b> geht auf die farblichen Markierungen in der Anlage ein, deren Erklärungen seines Erachtens nach fehlen. Zudem sollten die Kurzbezeichnungen in der Straßenart A sowie HV erläutert werden. Er stellt die Frage, wie es sich verhält, wenn ein älterer Mensch nicht mehr in der</p>	<b>Beschlussantrag 111-2021</b>

	<p>Lage ist, diese Reinigungsleistungen selbst zu erbringen. Daraufhin teilt <b>Herr Roi</b> mit, dass vonseiten der Verwaltung bereits in der Vergangenheit darauf verwiesen wurde, dass in diesen Fällen die Übertragung der Aufgabe an einen Dienstleister o. ä. erfolgen muss. <b>Herr Ziegler</b> regt an, die Legende sowie die Erklärungen noch in die Anlage des BA einzuarbeiten.</p> <p><u>Redaktionelle Zuarbeit durch den SB Ratsbüro:</u> <i>Die Anlage zum BA 111-2021 wurde hinsichtlich der fehlenden Erklärung der farblichen Markierung und Erläuterung der Kurzbezeichnungen unverzüglich ergänzt.</i></p> <p>Da kein weiterer Diskussionsbedarf zum BA 111-2021 besteht, stellt <b>Herr Roi</b> den BA zur Abstimmung.</p>	<p>Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1</p>
<p>zu 7</p>	<p><b>Berichterstattung zum Neubau der Ortswehr Bitterfeld</b> BE: Amt für Bau und Kommunalwirtschaft</p> <p><b>Herr Weber</b> teilt umfangreich den derzeitigen Sachstand zum Neubau der OW Bitterfeld wie folgt mit:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Maßnahme befindet sich in der Planung,</li><li>• momentan bereitet das Planungsbüro die Ausführungsplanung vor,</li><li>• Einstieg in den Vergabeprozess voraussichtlich September/Oktober 2021,</li><li>• Finanzierung im Haushalt 2022/23 derzeit jedoch nicht gesichert – hier ist noch Klärungsbedarf,</li><li>• Akquirierung von möglichen Fördermitteln wird auf verschiedenen Ebenen geprüft,</li><li>• Planungsprozess bereits in Leistungsphase 6 – Klärung der Finanzierung der Maßnahme unerlässlich,</li><li>• Kosteneinsparungen werden derzeit geprüft (Versickerung) – Stellung eines Befreiungsantrages.</li></ul> <p><b>Herr Roi</b> bezieht sich auf die bekannten Kostensteigerungen und erfragt, inwieweit hier eine Fördermittelnachbeantragung möglich ist (analog der steigenden Baukosten).</p> <p><b>Herr Weber</b> verweist hier auf die Verantwortlichkeit der Fördermittelstelle des Amtes für Stadtentwicklung und Strukturwandel.</p> <p><u>Zuarbeit Amt für Stadtentwicklung und Strukturwandel:</u> <i>Zu einer Fördermittelnachbeantragung laufen derzeit Gespräche mit den Bewilligungsbehörden.</i></p> <p><b>Herr Roi</b> möchte wissen, ob man hinsichtlich des Hackerangriffes auf den LK ABI mit Verzögerung bei der Bearbeitung rechnen muss. <b>Herr Weber</b> teilt mit, dass momentan kein Kontakt bezüglich des Planungsprozesses zum LK ABI besteht. Mit der Bearbeitung des gestellten Antrages wird mit einer Frist von 2 – 3 Wochen gerechnet.</p> <p><b>Herr Roi</b> erfragt zudem die Gesamtsumme der Baumaßnahme. Diese wird durch <b>Herrn Weber</b> mit ca. 5,7 Mio € beziffert.</p>	<p>einstimmig empfohlen</p>

<p>zu 8</p>	<p><b>Grobkonzept zum Beschluss 053-2021 zur Zusammenlegung der Löscheinheit Wolfen-Altstadt und Wolfen-Nord an einem vorhandenen Standort</b> BE: Ordnungsamt</p> <p><b>Herr Hülßner</b> gibt Erläuterungen zum BA 124-2021. Er verweist darauf, dass die Stadt Bitterfeld-Wolfen nach wie vor eine Konsolidierungskommune ist und derzeit 10 Standorte für die Feuerwehren unterhält. Zudem teilt er mit, dass im Rahmen der Zusammenlegung der Löscheinheiten Wolfen-Altstadt und Wolfen-Nord die Varianten eines Neubaus sowie der Nutzung eines vorhandenen Gebäudes geprüft wurden. Da für einen Neubau, der ca. 6 Mio € kosten würde, keine finanziellen Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen, entfällt diese Variante. Zudem hat das zuständige Ministerium des LSA bereits offeriert, dass hierfür zudem keine ausreichenden Fördermöglichkeiten bestehen. Somit ist die vorgenannte Variante für die Stadt nicht realisierbar. Er geht auf das erarbeitete Grobkonzept ein, gibt Informationen zur durchgeführten Untersuchung und verweist auf die gegebenen Auflagen der Feuerwehrunfallkasse, die in die Untersuchung mit eingeflossen sind. Des Weiteren nimmt er Bezug auf den Pkt. 6 des Grobkonzeptes hinsichtlich der Einsparung/Umsetzung der Technik und teilt mit, dass diese Aussage in der Grobkonzeption nicht als bindend anzusehen ist. Zudem informiert er umfangreich über die Personal- und Hilfsfristenthematik sowie darüber, dass der im Konzept vorgegebene Termin der Umsetzung einen voraussichtlichen Zeitpunkt darstellt. Herr Hülßner betont, dass bei dieser Zusammenlegung alle Betroffenen mitgenommen werden sollen. Er geht auf den grundlegenden Beschluss des Stadtrates am 05.05.2021 ein und informiert darüber, dass seither zahlreiche Gespräche mit allen beteiligten Verantwortlichen geführt wurden.</p> <p><b>Herr Gries</b> gibt in umfangreicher Weise die Ergebnisse der bisher geführten Abstimmungen der Führungskräfte beider Löschzüge anhand einer Präsentation bekannt. Von Wolfen-Altstadt nahmen 3 von 4 möglichen Führungskräften teil.</p> <p>Der Löscheinheitsführer der Ortswehr (OW) Wolfen-Altstadt, <b>Herr Schwabe</b>, teilt mit, dass das Grobkonzept bei den Mitgliedern seiner Wehr keine Akzeptanz gefunden hat. Er begründet dies entsprechend. Generell sei man für eine Zusammenlegung bereit, jedoch nur unter der Prämisse eines zentralen Neubaus, der für alle Kameraden gleich gut zu erreichen sein sollte. Zudem geht er auf die vorliegende Wirtschaftlichkeitsberechnung ein und informiert darüber, dass dieses Gebäude nicht allein durch die Löscheinheit Wolfen-Altstadt genutzt wird und aufgrund dessen die erhöhten Betriebskosten nicht auf die Wehr zurückzuführen sind. Er belegt dies anhand verschiedener Beispiele und verweist des Weiteren auf die teilweise langen Fahrtwege, die die Kameraden mitunter bei einem Umzug zum vorgesehenen Gerätehaus in Wolfen-Nord zurückzulegen hätten. Er nimmt Bezug auf eine erfolgte Bemerkung des Stadtwehrlleiters hinsichtlich der Löscheinheit Wolfen-Altstadt, die von den Kameraden als abwertend empfunden wurde und teilt mit, dass es hier einer Entschuldigung bedarf.</p> <p><b>Herr Hülßner</b> teilt mit, dass er die Emotionen der Wehr durchaus versteht, es hier bei dieser Entscheidung jedoch einzig und allein um die Zusammenlegung beider Wehren geht, bei der alle Kameraden im Prozess mitgenommen werden sollen. Hierbei wurden die objektiven Tatbestände</p>	<p><b>Beschlussantrag 124-2021</b></p>
-------------	--	--

beleuchtet. Im Ergebnis dessen wurde festgestellt, dass das Gebäude der Löscheinheit Wolfen-Altstadt als neues gemeinsames Domizil nicht infrage kommt und ein Neubau, der mit ca. 6 Mio € derzeit veranschlagt wird, nicht realisierbar ist. Er teilt zudem mit, dass die Prüfung der bestehenden Gebäude ergab, dass das Gebäude der Löscheinheit Wolfen-Altstadt aufgrund der ermittelten Daten und Fakten als unwirtschaftlich eingestuft wurde. Des Weiteren informiert er darüber, dass der Termin der Umsetzung einen voraussichtlichen Zeitpunkt darstellt. Es bedarf hier einer Lösung, die für die Stadt ein effizienteres Brandschutzgeschehen zur Folge hat. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass die Stadt keinen ehrenamtlichen Kameraden bei diesem Prozess verlieren möchte, jedoch diese als Konsolidierungskommune angehalten ist, effizientere Lösungen herbeizuführen.

**Herr Kühne** nimmt Bezug auf die Präsentation, die Herr Gries vorgestellt hat, und stellt hier Widersprüchlichkeiten zu den Aussagen/Darlegungen von Herrn Schwabe fest. Er erfragt, wie viele Kameraden bei der Abstimmung anwesend gewesen sind. Zudem bezieht er sich auf den von Herrn Schwabe angesprochenen Anfahrtsweg (teilweise 6 Minuten), der sich bei einem Umzug ergeben wird und möchte wissen, wie bei der Bitterfelder Löscheinheit die diesbezügliche Verfahrensweise ist bzw. welche Anfahrtswege hier die Kameraden bis zur Wache auf sich nehmen.

**Herr Roi** stellt fest, dass das Konzept, welches durch Herrn Gries als Präsentation vorgestellt wurde, dem ROVB-Ausschuss nicht vorliegt. Seines Erachtens nach widerspricht die Präsentation den Aussagen der Anlage des Beschlussantrages 124-2011 hinsichtlich der Fahrzeugkonzeption. **Herr Gries** teilt in Beantwortung dessen mit, dass das vorliegende Grobkonzept lediglich einen ersten Entwurf darstellt und die Präsentation eine Fortschreibung des Entwurfes auf der Grundlage der Gesprächsergebnisse darstellt. Aufgrund dessen wurde die neue Version zu den Gesamtvorstellungen noch nicht verteilt. Hinsichtlich der Bitterfelder Anfahrtswege gibt der stellvertretende OW-Leiter Bitterfeld, **Herr Sonnenberg**, bekannt, dass auch in Bitterfeld einige Kameraden weiter vom Gerätehaus entfernt wohnen und die unterschiedlich langen Wege für die Bitterfelder Kameraden kein Problem hinsichtlich des Ausrückens darstellen.

**Herr Roi** geht noch einmal auf die vorgestellte Präsentation ein, die eine völlig andere Grundlage darstellt als das Grobkonzept, welches mit dem BA als Anlage beschlossen werden soll. **Herr Trampenau** teilt daraufhin mit, dass das Grobkonzept des BA lediglich die Frage beleuchtet, ob eine Zusammenlegung an einem bestehenden Standort möglich ist und dies in dem Konzept belegt wurde. Er gibt bekannt, dass das Grobkonzept des BA zunächst der erste Gedankengang hierzu war und dies nunmehr weiterentwickelt wurde. Er geht auf die Abstimmungen hinsichtlich der Bereitstellung der Technik ein, die bewusst nicht im Grobkonzept des BA festgeschrieben wurde und begründet dies entsprechend. **Herr Roi** teilt mit, dass er darauf vertraut, dass die vorgestellte Präsentation, die jedoch vom Grobkonzept bezüglich der Technik abweicht, auch entsprechend umgesetzt wird.

**Herr Engelhardt** nimmt Bezug auf die stattgefundene Beratung der Führungskräfte der Feuerwehr und schlägt vor, dem BA 124-2021 erst zuzustimmen, wenn die Ergebnisse vorgenannter Abstimmungen hier eingearbeitet wurden.

**Herr Müller** stellt die Frage an **Herrn Schwabe**, welche Konsequenz es haben würde, sollte eine Zusammenlegung der beiden Löscheinheiten an einem vorhandenen Standort nicht erfolgen, da ein Neubau bereits jetzt ausgeschlossen werden kann. Dieser teilte in Beantwortung dessen mit, dass der tendenzielle Verlust ca. 90 % der Einsatzkräfte beträgt. Zudem betrifft dieser Austritt auch alle Kinder/Jugendlichen der Löscheinheit Wolfen-Altstadt. Er informiert über einen durchgeführten Elternabend, bei dem die Erziehungsberechtigten eine eindeutige Position bezogen haben.

**Herr Gatter** stellt fest, dass das Grobkonzept zur Zusammenlegung der Löscheinheiten lediglich als Lösungsmöglichkeit anzusehen ist, da es hierzu keine andere Alternative gibt. Diesbezügliche Befindlichkeiten sollten außer Acht gelassen werden. Er fordert Herrn Schwabe auf, einen anderen machbaren Lösungsvorschlag zu unterbreiten.

Die Stadtjugendwartin der Löscheinheit Wolfen-Nord, **Frau Ina Berg**, informiert über die Möglichkeit, dass ein Wechsel der betroffenen Kinder/Jugendlichen auch in andere Löscheinheiten der Stadt möglich ist und dass den Eltern hierfür bereits ein Shuttleservice angeboten wurde.

**Herr Kühne** erfragt die Anzahl der Einsatzkräfte der Löscheinheit Wolfen-Altstadt. **Herr Schwabe** teilt mit, dass vorgenannte Einheit aus 27 ehrenamtlichen Kräften besteht.

**Herr Dr. Gülland** bringt zum Ausdruck, dass ein Neubau aus finanziellen Gründen ausgeschlossen ist und auch eine Sanierung beider vorhandener Standorte aus vorgenannten Gründen hier nicht zur Debatte steht.

**Herr Liesche** fasst alle sachlichen Fakten zusammen und teilt mit, dass auch mit dem angekündigten Austritt der Mitglieder der Schutz der Bevölkerung entsprechend des Brandschutzgesetzes sichergestellt ist. Er verweist dazu auf die entsprechende Auswertung.

**Herr Dr. Gülland** erfragt bei der Feuerwehrleitung, welche Versuche man bisher unternommen hat, die ehrenamtlichen Kräfte zu halten bzw. wie hier die Vorstellungen sind. In Beantwortung dessen teilt **Herr Gries** mit, dass man bestrebt ist, keinen Ehrenamtlichen in dem Prozess der Inklusion zu verlieren. Ziel ist es daher, dass sich jede/r einzelne Kamerad/in in der neu gebildeten Löscheinheit wiederfindet. Der Prozess muss jedoch wachsen, bspw. mit gemeinschaftlichen Ausbildungen, mit gemeinsamen Aktivitäten etc. Bereits im September 2021 stehen wöchentliche gemeinsame Ausbildungen an. Zudem geht er auf das Thema Fahrzeuge ein, bei dem jede Löscheinheit in die neue Gemeinschaft gleichermaßen drei Fahrzeuge einbringt.

**Herr Schenk** hebt im Rahmen dieser Zusammenlegung die Bedeutung eines Mediators hervor. Er verweist auf alle vorliegenden Zahlen, Daten und Fakten, die für die Nutzung des vorhandenen Standortes Wolfen-Nord sprechen und einen Neubau ausschließen. Zudem verweist er auf den Bericht der Feuerwehrunfallkasse. Seines Erachtens nach bedarf es hier eines Mediators, der beide Löscheinheiten gleichberechtigt zusammenführt und stellt die Frage an **Herrn Gries**, ob er sich vorstellen könnte, diese Aufgabe zu übernehmen. **Herr Roi** verweist diesbezüglich darauf, dass es nicht Aufgabe des Ausschusses/Stadtrates sei, hier eine Verantwortlichkeit

	<p>festzulegen.</p> <p><b>Herr Gries</b> verdeutlicht noch einmal, dass die Stadt es sich nicht leisten kann, diese ehrenamtlich tätigen Kameraden und Kameradinnen zu verlieren und verweist auf das gemeinsame Ziel: die Sicherheit des Brandschutzes in der Stadt Bitterfeld-Wolfen zu gewährleisten.</p> <p><b>Herr Roi</b> spricht seine Glückwünsche an Herrn Gries und Herrn Jacob hinsichtlich der erfolgten Wahl und Berufung der stellvertretenden Stadtwehrleiter aus. Da es zum vorliegenden BA 124-2021 keinen weiteren Diskussionsbedarf vonseiten der Ausschussmitglieder gibt, lässt er über diesen abstimmen.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig empfohlen</p>	<p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 9</p>	<p><b>Berichterstattung zum Fahrradkonzept/Vorstellung der geplanten Radwegemaßnahmen 2021</b> BE: Amt für Stadtentwicklung und Strukturwandel</p> <p><i>Herr Backes verlässt die Sitzung gegen 20:05 Uhr. Somit sind 6 Stimmberechtigte anwesend.</i></p> <p><b>Herr Zumm</b> gibt umfangreiche Informationen zum Fahrradkonzept. Zudem stellt er die in 2021 geplanten Radwegemaßnahmen vor.</p> <p>Herr Engelhardt stellt folgende Anfragen bzw. teilt Anregungen mit:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Er nimmt Bezug auf die Damaschkestraße und das hier immer noch befindliche Teilstück der alten Busspur (Markierung kaum noch erkennbar). Diese sollte in einen Radweg umgewandelt werden. Bis dato erfolgte jedoch noch keine Realisierung. Er bittet diesbezüglich die Verwaltung um einen Sachstand.</li><li>• Zudem verweist er auf die Kreuzung Damaschkestraße/Thalheimer Straße. Hier wurde mittlerweile eine durchgängige Ampelschaltung durch den LK ABI realisiert. Informationen zufolge soll dieser Bereich mittelfristig umgebaut werden. Dies kann seiner Ansicht nach nur durch entsprechende Markierungen erfolgen, ein Umbau ist aufgrund der Gegebenheiten hier nicht möglich.</li><li>• Des Weiteren geht er auf die Verbindung Krondorf – Thalheim (Feuerweg) und den vorgesehenen Bau eines Geh-/Radweges ein. Er informiert über eine bereits erfolgte Diskussion im ROVB-Ausschuss, den Schwerlastverkehr aus der Krondorfer/Reudener Straße umzulenken. Er geht auf den vorherigen notwendigen grundhaften Ausbau betreffender Straßen und die vorhandenen Gewerbeansiedlungen ein und bittet um einen aktuellen Sachstand zur Thematik.</li><li>• Zudem spricht er den Ausbau der K 2055 Wolfen-Rödgen an. Es sollte frühzeitig mit dem LK ABI über den Bau eines bezüglichen Radweges gesprochen werden. Er verweist auf die Straße von Thalheim kommend in Richtung Zschepkau, die zwar ausgebaut ist, bei der jedoch kein Radweg berücksichtigt wurde.</li></ul> <p><b>Herr Zumm</b> beantwortet die vorgenannten Anfragen wie folgt:</p>	

Hinsichtlich der alten Busspur und der Umwandlung dieser zum Radweg liegt die Verantwortlichkeit der Umsetzung beim Amt für Bau und Kommunalwirtschaft. Ein Zeitpunkt der Umsetzung ist ihm nicht bekannt. Er teilt mit, dass er diese Anfrage an das vorgenannte Fachamt weiterleiten wird.

Redaktionelle Zuarbeit Amt für Bau und Kommunalwirtschaft:

*Derzeit ist eine Änderung der Fahrbahnoberfläche (DSK) nicht geplant. Erst dann wird die Markierung in neuer Form beantragt.*

Bezüglich der Kreuzung Damaschkestraße/Thalheimer Straße gibt **Herr Zumm** bekannt, dass auch er sich keinen Umbau vorstellen kann. Infrage kommen würde hier ggf. eine Neu- und Ummarkierung der Verkehrsfläche.

Auf die Anfrage zur Gewerbeanbindung Mühlweg informiert er darüber, dass die Vorstellung dahingehend ist, dass das Gewerbegebiet über den Feuerweg und die Kieswerkstraße erschlossen werden soll. Im Zuge dessen beabsichtigt man dann den Bau eines entsprechenden Geh-/Radweges.

Betreffend der Anfrage zu den Straßen nach Zschepkau und Rödgen (beides Kreisstraßen) teilt er mit, dass hier ein Radweg nur über entsprechende Markierungen möglich ist. Er informiert des Weiteren darüber, dass Radwege erst mit entsprechenden Kfz-Zahlen (hohes Verkehrsaufkommen) förderwürdig werden. Die Straße nach Zschepkau hat jedoch ein relativ geringes Kfz-Verkehrsaufkommen. Er geht davon aus, dass dieser Fakt hierbei eine Rolle gespielt hat. **Herr Roi** informiert diesbezüglich über die Finanzierung der Zschepkauer Straße, hier wurde kein grundhafter Ausbau vonseiten des LK ABI vorgenommen. Bezüglich der Straße nach Rödgen teilt er mit, dass diese jedoch grundhaft ausgebaut werden soll und der erste BA noch in diesem Jahr beginnt. Die Forderungen nach einem Radweg sind dem Landkreis bekannt. Er informiert zudem über den Sachstand Autobahnzubringer. Eine Arbeitsgruppe arbeitet hier an der Entspannung der Verkehrssituation.

**Herr Gatter** erfragt konkret, welche Radwegemaßnahmen 2021 geplant sind. Herr Zumm verweist diesbezüglich auf den Radweg Zscherndorf – Bitterfeld (Verbindung Zscherndorfer Weg) sowie die Einrichtung der Tempo 30-Zonen im OT Stadt Bitterfeld.

**Herr Dr. Gülland** verweist auf die vorgesehene Sanierung der B 100 im Jahr 2030. Er bittet die Verwaltung um Vorschläge, wie man den Bereich Stadt Wien in Richtung Bahnhof vorzeitig für Radfahrer entschärfen kann. Er geht auf die teilweisen Senkungen auf diesen Wegen ein, die dringend angegangen werden sollten. Die Stadt muss hier Ideen entwickeln. Zudem fordert er eine Pflege der vorhandenen Radwege. **Herr Zumm** zeigt die Abhängigkeit zu den entsprechenden Straßenbaulastträgern auf, mit denen man in regelmäßigen Gesprächen steht, und verweist zudem darauf, dass auch provisorische Maßnahmen dem Sicherheitsstandard entsprechen müssen. Des Weiteren bittet er **Herrn Dr. Gülland** um eine konkrete Benennung der schadhafte Flächen.

**Herr Roi** erfragt, ob es möglich ist, mit konkreten Schäden an den Straßenbaulastträger heranzutreten und diesen zur Behebung aufzufordern. Dies wird durch Herrn Zumm bejaht. Hierfür benötigt er jedoch genaue

Daten/Bilddokumente.

**Herr Hennicke** nimmt Bezug auf die AGFK, geht auf die vorgesehene Zertifizierung ein und erfragt zudem den Stand der Arbeitsfähigkeit der Arbeitsgemeinschaft. **Herr Zumm** verweist auf das vergangene Jahr, dass coronabedingt regelmäßige Zusammenkünfte verhindert hat. Des Weiteren informiert er über den Stand geplanter Ladesäulen im Stadtgebiet. **Herr Hennicke** regt an, Zusammenkünfte per Videokonferenz zu organisieren, um hier weiter voranzukommen. **Herr Zumm** geht auf die Zertifizierung ein und gibt bekannt, dass dieses Thema in der AGFK noch nicht behandelt wurde. Sollte es hier neue Erkenntnisse geben, ist er gern bereit, den ROVB-Ausschuss zu informieren.

**Herr Hennicke** nimmt Bezug auf das Radwegekonzept und möchte wissen, ob die Möglichkeit besteht, diese Maßnahmen auch im Ergebnishaushalt abzubilden. Zudem stellt er fest, dass für 2021 keine Maßnahmen im Haushalt eingestellt wurden und erfragt, ob für 2022 diesbezügliche Projekte im Haushalt vorgesehen sind. **Herr Zumm** verweist hierbei auf die vorgestellte Favorisierung der Maßnahmen.

**Herr Hennicke** geht auf den Tourismuspunkt am Bitterfelder Bahnhof ein und erfragt die hier geplanten Projekte. **Herr Zumm** informiert über die Bahnhofsentwicklung und teilt mit, dass für Pendler/Touristen die Schaffung offener Anstellmöglichkeiten sowie abschließbarer Gegebenheiten vorgesehen ist. Zudem sollen an der Touristeninformation E-Bike-Ladesäulen aufgestellt werden.

**Herr Hennicke** nimmt Bezug auf den Bitterfelder Innenstadtring und erfragt die Leitung des Rad-/Fußverkehrs. **Herr Zumm** informiert darüber, dass aufgrund der schmalen Straße ein Mischverkehr mit geringem Geschwindigkeitsniveau vorgesehen ist. Gesonderte Radwege sind hier nicht möglich.

**Herr Gatter** erkundigt sich nach der Inanspruchnahme der angeschafften Lastenräder. Diesbezüglich teilt **Herr Zumm** mit, dass hier noch keine Auswertung vorliegt und Aussagen hierzu frühestens in einem Jahr getroffen werden können.

**Herr Schenk** nimmt Bezug auf den Schwarzen Weg im OT Stadt Wolfen (Verbindung Wolfen-Nord – Bahnhof Jeßnitz), der stark durch Fußgänger/Radfahrer frequentiert wird und weist auf die Probleme der Begehrbarkeit der Treppe bspw. mit einem Rollator hin. Hierzu teilt **Herr Zumm** mit, dass der Bahnhof Jeßnitz, bei dem die Barrierefreiheit derzeit nicht gegeben ist, umgebaut werden soll (Planung 2022 – 2024). **Herr Schenk** möchte wissen, ob der vorgesehene Ausbau des Schwarzen Weges an der Straße der Republik endet bzw. ob dieser in der Dessauer Allee weitergeführt wird. Zudem verweist er auf die Verbindungsstraße und erfragt, wie hier künftig der Verkehrsstrom abfließen soll. Bezüglich des Schwarzen Weges und wie weit dieser ausgebaut werden soll, teilt **Herr Zumm** mit, dass dies von der noch zu realisierenden Planung abhängig ist. Hinsichtlich der Verbindung gibt er bekannt, dass die Zufahrten mit der Planung des noch fehlenden Abschnittes festgelegt werden.

Des Weiteren nimmt **Herr Schenk** Bezug auf die Wegstrecke Goitzsche - Richtung Bitterfelder Bogen. Hier sollte der vorhandene kombinierte Fuß-

	<p>/Radweg lt. Aussagen von Herrn Hermann (Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Strukturwandel) beschildert werden. Dies ist jedoch, trotz der Zusage der Verwaltung bereits vor zwei Jahren, noch nicht erfolgt.</p> <p><b>Herr Zumm</b> informiert darüber, dass der erste Teil von der Wiesenstraße kommend für einen Radweg zu schmal ist. Bezüglich des zweiten Teiles in Richtung Goitzsche sagt er zu, diese Problematik an das entsprechende Fachamt weiterzuleiten.</p> <p><u>Zuarbeit Ordnungsamt:</u> <i>Die Prüfung der Beschilderung des gemeinsamen Rad- und Gehweges für den Teil Richtung Goitzsche (zwischen Parkstraße und Niemecker Straße) hat ergeben, dass diese nicht mehr vorhanden ist. Eine verkehrsbehördliche Anordnung wurde zur Umsetzung angeordnet.</i></p> <p><b>Herr Müller</b> bittet, die gegebene Präsentation von Herrn Zumm der Niederschrift beizufügen. Dies wird durch <b>Herrn Zumm</b> zugesagt (siehe Anlage 2).</p> <p><i>Herr Dornack verlässt die Sitzung um 20:40 Uhr. Somit sind 5 Stimmberechtigte anwesend.</i></p>	
<p><b>zu 10</b></p>	<p><b>Mitteilungen, Berichte, Anfragen</b></p> <p><b>Herr Hülßner</b> gibt einen kurzen Sachstand zum Ausbau der K 2055 hinsichtlich der Verkehrsführung für die Feuerwehr. Er informiert über die Vergabe und die voraussichtliche Dauer der Maßnahme. Aufgrund der Vollsperrung wird es nötig sein, den Feuerwehrstandort zu verlegen. Ab wann dies konkret realisiert wird, steht jedoch derzeit noch nicht fest. <b>Herr Roi</b> informiert darüber, dass aufgrund der Erschließung des Brödelgrabens und des Wohngebietes Zur Tränke keine Ersatzroute, wie ursprünglich angedacht, geschaffen werden kann.</p> <p><b>Herr Roi</b> geht zudem auf die Statistik der SB Verkehr und allgemeine Ordnung/Gewerbe ein, die vorzeitig durch das Ordnungsamt in die ROVB-Sitzung eingebracht wurde. <b>Herr Hülßner</b> erklärt diesbezüglich den Hintergrund der Vorziehung des TOP auf eine frühere Sitzung (Teilnahme OA in Sitzung 08/2021 nicht gesichert) und geht umfangreich auf die vorliegenden Daten/Fakten ein, die allen Ausschussmitgliedern zur Kenntnis vorliegen.</p> <p>Zudem nimmt Herr Roi Bezug auf den vom ROVB-Ausschuss geforderten Sachstand zur Sanierung der Ortswehr Wolfen-Nord, den Herr Weber schriftlich für die Sitzung am 13.07.2021 in Aussicht gestellt hatte. Da dieser jedoch vorzeitig die Gremiensitzung ohne besagte Berichterstattung verließ, richtet der Ausschussvorsitzende noch einmal die Bitte an das Fachamt, den vorgenannten Sachstand für die Niederschrift entsprechend nachzureichen.</p> <p><u>Redaktionelle Zuarbeit Amt für Bau und Kommunalwirtschaft:</u> <i>I. BA Auftrag ausgelöst, Durchführung geplant August 2021 - Oktober 2021 II. BA Ausschreibung gestartet, Submission am 27.07.2021, Vergabe im StaBVA am 22.09.2021, Durchführung geplant bis November 2021 III. BA ist die Ausschreibung für September 2021, Durchführung der Baumaßnahme bis Mai 2022 geplant</i></p>	

**Herr Gatter** geht auf das vom Stadtrat vor drei Jahren beschlossene Gehwegkonzept ein und erfragt, warum seither keine Informationen zur Umsetzung erfolgt sind. Hier wurde zum damaligen Zeitpunkt durch den zuständigen Amtsleiter mitgeteilt, dass eine Bestandsaufnahme und Klärung bezüglich dessen bereits erfolgt ist. **Herr Roi** bestätigt den Beschluss des Konzeptes. Die Thematik wurde Ende vorigen Jahres noch einmal im OR Thalhe im besprochen. Er bittet die Verwaltung um Vorlage des Konzeptes mit entsprechender Prioritätenliste bzw. um eine konkrete Aussage, wann diese vorliegt. Die meisten Sanierungsmaßnahmen befinden sich hier in einem geringen finanziellen Rahmen. Jedoch bestehen zahlreiche dieser Defekte seit vielen Jahren und wurden bis heute nicht beseitigt.

Zuarbeit Amt für Bau und Kommunalwirtschaft:

*Die bereits begonnene Erstellung des genannten Gehwegkonzeptes musste aus personellen Gründen eingestellt werden. Eine Prioritätenliste ist in Erarbeitung.*

**Herr Engelhardt** spricht nachfolgende Probleme an:

- Er geht auf die allgemeine Ordnung im gesamten Stadtgebiet ein – hier insbesondere auf die nicht ausreichend durchgeführte Rasenmähd. Er nimmt Bezug auf die Parkanlage sowie den Thalheimer Wanderweg, der nunmehr aufgrund des hohen Grases nicht mehr begehbar ist. Er bittet die Verwaltung, dies entsprechend zu prüfen. Er regt an, für diese Kontrollen evtl. auch den Stadtordnungsdienst zu nutzen.

Redaktionelle Zuarbeit Amt für Bau- und Kommunalwirtschaft:

*Die derzeitige Witterung mit ihrem Wechsel aus Sonne und Niederschlag lässt anders als in den Vorjahren sowohl Kulturpflanzen als auch Wildkräuter überproportional schnell und hoch wachsen. Im Rahmen der laufenden Vegetationsflächenpflege werden in regelmäßigen Abständen die Pflegegänge umgesetzt. Dem zwischenzeitlichen Wachstum der Gräser, Wildkräuter etc. durch zusätzliche Pflege-/Mähmaßnahmen zu begegnen, ist weder ökologisch noch ökonomisch vertretbar. Verkehrssichernde Maßnahmen sind und bleiben hiervon unberührt.*

- Zudem spricht er die neu angeschafften Fahrzeuge des Stadtordnungsdienstes an, die seines Erachtens nach nicht öffentlich gekennzeichnet sind, hier fehlt die behördliche Bezeichnung (Seitenbezeichnung Ordnungsamt) am Fahrzeug. Er regt die Verwendung von Magnetschilder an.

Redaktionelle Zuarbeit Haupt- und Personalamt:

*Es gibt keine gesetzliche Vorschrift für die Kennzeichnung von Fahrzeugen, die im Auftrag der Kommune beschafft und genutzt werden. Beschafft werden ausschließlich PKWs für den dienstlichen Gebrauch, das bedeutet, dass diese Fahrzeuge für alle Beschäftigten zur Verfügung stehen und eben nicht ausschließlich für das Ordnungsamt.*

*Alle Fahrzeuge sind Leasingfahrzeuge. Für sämtliche Beschädigungen an den Fahrzeugen (auch Lackkratzer durch Magnetschilder) muss die Stadt finanziell aufkommen. Alle Beschäftigten des Außendienstes unseres*

	<p><i>Ordnungsamtes sind an ihrer Dienstkleidung sofort erkennbar und können sich selbstverständlich auch ausweisen.</i></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Des Weiteren regt er mehr Kontrollen im OT Thalheim hinsichtlich der Hunde an und verweist hier auf die Daten in der vorliegenden Statistik des Ordnungsamtes über die Ordnungswidrigkeiten 2020. Er teilt sein Unverständnis über die hohe Anzahl der Corona-Kontrollen im OT Thalheim mit.</li></ul> <p><b>Herr Hülßner</b> informiert darüber, dass er hinsichtlich der Kontrollen/Ordnungswidrigkeiten (bei Hunden bzw. coronabedingt) in der jährlichen Statistik lediglich einen Querschnitt der Kennziffern vorlegen kann. Die Kontrollen im Einzelnen und deren Details sind ihm nicht bekannt. Des Weiteren informiert er hinsichtlich der angeschafften Fahrzeuge für das Ordnungsamt darüber, dass er die gegebenen Hinweise zwecks Prüfung an das Haupt- und Personalamt weiterleiten wird.</p> <p>Bezüglich der Kontrollen der öffentlichen Anlagen (unzureichende Rasenmäh) gibt er bekannt, dass der Stadtordnungsdienst die Pflege der Grünanlagen mit kontrolliert, der Umfang der Kontrollen jedoch aufgrund der Personalkapazitäten beschränkt ist. Er verweist auf die Verantwortlichkeit, die im Sachbereich öffentliche Anlagen liegt.</p> <p>Zudem verweist Herr Hülßner auf die in dieser ROVB-Sitzung durch ihn verteilte Berichterstattung zum Stand der geplanten Beschaffung Technik/Ausrüstung/Fahrzeuge für das Jahr 2021 für alle Wehren – Stand 13.07.2021 (siehe Anlage 3 der Niederschrift).</p> <p><b>Herr Roi</b> geht auf die Thematik der Pflege der Grünanlagen ein und schlägt vor, diesen TOP in einer künftigen ROVB-Sitzung einmal separat, auch im Hinblick auf die Vertragsgestaltung, zu diskutieren. Er verweist er auf die oftmals vereinbarten Pauschalbeträge mit bestimmten Fristen für die Rasenmäh. Aufgrund bestimmter Witterungsbedingungen wird dies einer ordentlichen Pflege oftmals nicht gerecht. Jedoch muss man auch die wirtschaftliche Sicht der Unternehmen bedenken. Hier sollte analog des Winterdienstes bei Mehrbedarf eine zusätzliche Vergütung gezahlt werden.</p> <p><b>Herr Hennicke</b> informiert darüber, dass es auch im Wirtschafts- und Umweltausschuss Diskussionen hierzu gab und das Thema in der nächsten Sitzung dieses Gremiums noch einmal Behandlung finden wird.</p>	
<b>zu 11</b>	<b>Schließung des öffentlichen Teils</b>  Der <b>Ausschussvorsitzende</b> schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:20 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.	

gez. Daniel Roi  
Ausschussvorsitzender

gez. Peggy Ulrich  
Protokollantin

